

<https://www.jungewelt.de/2016/03-03/040.php>

Ausgabe 03.03.2016 / Seite 9 / Kapital & Arbeit

Verleugnete Tatsachen

Strafanzeige gegen Monsanto, EU-Behörde und Forschungsinstitut. Umweltaktivisten beklagen Betrügereien bei Bewertung des Unkrautgifts Glyphosat

Von Ralf Wurzbacher



Protest gegen Agrokonzern Monsanto und dessen Produkte im April 2014 in Cottbus Foto: Patrick Pleul/dpa-Bildfunk

Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) sieht sich wegen seiner angeblich fehlerhaften Bewertung des Unkrautgifts Glyphosat mit einer Anzeige der österreichischen Umweltschutzorganisation Global 2000 konfrontiert. Im Visier der Aktivisten stehen außerdem der europäische Ableger des US-Agrarchemiekonzerns Monsanto und die Agentur für Lebensmittelsicherheit der Europäischen Union (EFSA). Die Vorwürfe lauten auf einfachen, schweren sowie gewerbemäßigen Betrug nach dem Strafgesetzbuch. Die EFSA und das BfR haben sich beide für eine Neuzulassung des Herbizids in Europa ausgesprochen. Am kommenden Montag wird ein von den EU-Mitgliedsstaaten installiertes Expertenkomitee voraussichtlich grünes Licht für dessen weiteren Einsatz bis 2031 geben.

Im März 2015 wurde Glyphosat von der Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als »wahrscheinlich krebserregend« beim Menschen eingestuft (*jW* berichtete). Das BfR als offizielle EU-Prüfinstanz kam in der Folge zu einem gegenteiligen Ergebnis und sprach der EFSA die Empfehlung aus, dem Antrag der 22 Unternehmen, die Chemikalie für weitere 15 Jahre vertreiben zu dürfen, stattzugeben.

Global 2000 ist in Zusammenarbeit mit dem deutschen Toxikologen Peter Clausing der Frage nachgegangen, wie es zu so gravierenden Diskrepanzen in den Einschätzungen der WHO-Forscher und denen der für die EU-Entscheidung maßgeblichen Stellen kommen konnte.

Es bestehe der Verdacht, dass die Behörden der EU und die Industrie durch die inkorrekte Auswertung von Daten versucht hätten, »Glyphosat trotz seiner wahrscheinlich beim Menschen krebserzeugenden Wirkung auf dem europäischen Markt zu halten«, äußerte sich Josef Unterwiesing am Mittwoch vor Pressevertretern in Wien. Der Rechtsanwalt hat Anzeige bei den Staatsanwaltschaften in Österreichs Bundeshauptstadt und in Berlin erstattet. »Es ist unverständlich, wie das BfR die Angaben von Monsanto ohne weiteres übernehmen kann«, befand der Jurist. Der Agrargigant sei »schon öfters mit dem Gesetz in Konflikt gekommen und hat nicht das erste Mal falsche Angaben zu Glyphosat gemacht«.

Wie Helmut Burtscher, Umweltchemiker von Global 2000, erläuterte, habe Clausing fünf Studien an Labormäusen analysiert, die von den WHO-Experten als eindeutige Krebsbefunde für Glyphosat gewertet wurden. Anders als in seiner ersten Auswertung aus dem Jahr 2013 habe auch das BfR bei einer Neubegutachtung im vergangenen Jahr im Falle aller fraglichen Untersuchungen »signifikante dosisabhängige Tumorzellen« bei den Kleinnagern festgestellt. Trotzdem fiel der Abschlussbefund zugunsten der Antragsteller aus. Das Institut habe dabei »unter Verstoß gegen einschlägige OECD-Leitlinien (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung; *jW*) und Verletzung fundamentaler wissenschaftlicher Prinzipien sämtliche dieser Krebsbefunde als irrelevant und zufallsbedingt« verworfen, monierte Burtscher.

Im November 2015 übernahm die EFSA die BfR-Sicht kritiklos in ihren Bericht, der die Basis für die Entscheidung der EU-Kommission bildet. Burtscher fiel dazu ein Gleichnis ein: »Wenn etwas aussieht wie eine Ente, wenn etwas schnattert wie ein Ente, wenn etwas watschelt wie eine Ente und wenn es schwimmt wie eine Ente, dann ist man als Wissenschaftler gut beraten, zu sagen: Das ist eine Ente, solange bis das Gegenteil bewiesen ist. Was die EFSA gemacht hat: Sie hat gesagt, die Ente sei eine Katze.« Dagegen hätten vor drei Monaten 96 namhafte Wissenschaftler aus aller Welt »schwerwiegende Mängel« bei der Risikobewertung beklagt und die Expertise als in Teilen »inakzeptabel«, »fundamental fehlerhaft« und »in die Irre führend« bezeichnet (*jW* berichtete).

Auch Hanns Moshammer von der österreichischen Initiative Ärztinnen und Ärzte für eine gesunde Umwelt (ÄGU) sprach gestern in Wien von einer »grob fehlerhaften und wissenschaftlich unredlichen Beurteilung der Fakten«. Nach WHO-Erkenntnissen hätten Menschen, die beruflich mit Glyphosat zu tun haben, ein um 50 Prozent höheres individuelles Risiko für Lymphdrüsenkrebs. »Wir erwarten, dass sich die Staatsanwaltschaften den Sachverhalt genau anschauen«, erklärte Burtscher. »Sie könnten zum Beispiel fordern, dass alle noch immer von der Industrie unter Verschluss gehaltenen Studiendaten offengelegt werden müssen, damit sie von unabhängigen Stellen ausgewertet werden können.«

Mitgetragen wird die Anzeige von zahlreichen weiteren Organisationen, darunter PAN Europe, PAN UK, Nature & Progrès Belgique, Générations Futures, GeGenklage und WeMove. In einer Stellungnahme hat sich Monsanto »von medienwirksam inszenierten Diskussionen« distanziert, die die Verunsicherung der Verbraucher zwecks Erreichung politischer Interessen zum Ziel hätten. »Wir werden unserer Verantwortung nachkommen und vermeintliche Anklagepunkte analysieren.« Die Baumarktkette Hornbach geht solchen Bekenntnissen nicht mehr auf den Leim. Wie sie mitteilte, streicht sie Glyphosat ab sofort komplett aus dem Sortiment.